

Geisenheim

28.04.2018

Geisenheimer Stadtparlament spricht sich mit großer Mehrheit gegen Windkraftpläne mit neuem Investor aus

ABSTIMMUNGSERGEBNIS GRUNDSATZBESCHLUSS WINDKRAFT IN GEISENHEIM AM 26.4.2018

	Dafür	Dagegen	Enthaltung	Abwesend
CDU	0	9	1	2
SPD	2	2	3	3
ZfB	0	7	0	0
Grüne	3	0	0	1
FDP	0	3	0	0
Göttel-Spaniol	1			
Summe	6	21	4	6

Von 37 Stadtverordneten fehlten sechs.

GEISENHEIM - (olko). Windräder werden sich auch künftig nicht in Geisenheim

drehen. In namentlicher Abstimmung votierten 21 von 31 Stadtverordneten dagegen, das Thema weiterzuverfolgen: ZfB, FDP und fast die komplette CDU-Fraktion, aber auch zwei SPD-Vertreter. Die sechs Ja-Stimmen kamen aus den Reihen der Grünen und der SPD sowie von Susanne Göttel-Spaniol (fraktionslos). Drei SPD-Vertreter und eine CDU-Stadtverordnete enthielten sich. Vor sechs Jahren hatte sich für das Windkraftprojekt bei Stephanshausen noch eine breite, 2017 noch eine knappe Mehrheit gefunden.

Als sich im Herbst 2017 der Projektierer Abo Wind zurückzog, schien das Thema vom Tisch zu sein. Doch vor einigen Wochen meldete die VSB Neue Energien Deutschland GmbH Interesse an der Fläche an. Darauf empfahl die Stadtverwaltung dem Stadtparlament, das Thema weiterzuverfolgen. Dass es dazu nicht kommen würde, zeichnete sich allerdings schon in den Ausschüssen ab. Rund 40 Bürger, vornehmlich Gegner des Projekts, waren ins Domzentrum gekommen, um den „Showdown“ in Sachen Windkraft live zu verfolgen. Der Tagesordnungspunkt wurde eigens vorgezogen. Eindringlich warb Stadtverordnetenvorsteher Georg Fröhlich (CDU) dafür, auf eine neuerliche Grundsatzdiskussion zu verzichten – ein Wunsch, der sich in der Debatte nicht ganz erfüllen sollte.

Eine neue Grundsatzdebatte sollte es nicht geben

Das Projekt belaste nur die Stephanshäuser, sagte Hans-Walter Klein (FDP), der eine Lösung forderte, die alle Geisenheimer gleichmäßig tangiere. Er beklagte, dass Stadtverordnete in der Diskussion unter Druck gesetzt worden seien, da man einen Zusammenhang zwischen Windkraft-Einnahmen und der Finanzierung des Rheingau-Bades hergestellt habe. „Auf dieser Klaviatur hat auch der Anbieter gespielt“, sagte er. Doch reichten die Einnahmen aus dem Windkraft-Projekt nicht aus, um die Kosten für das Bad zu decken.

Theo Barth (ZfB) äußerte die Vermutung, dass statt sechs am Ende wohl nur zwei bis drei Windräder genehmigungsfähig wären. Die „vielfältigen finanziellen Handlungsspielräume“ blieben damit ein Wunschtraum, zumal das Projekt die Bürgerschaft spalte. Überdies würde sich Geisenheim mit Windrädern im Rheingau isolieren.

An seiner Haltung für das Projekt habe sich trotz Drohungen und Sachbeschädigungen nichts geändert, sagte Gregor Prochaska (SPD). Bürgermeister Christian Aßmann (parteilos) warf er vor, keine klare Position in der Frage eingenommen zu haben – was die Bürger aber erwarteten. Prochaska erinnerte daran, dass man seit 2010 überparteilich Windkraft verfolgt habe und warf der CDU „Einknicken“ vor. Für Prochaska steht auch fest, dass das Rheingau-Bad natürlich mitgedacht werden muss. „So zerbröseln die Kekse, so geht Windkraft im Rheingau vorläufig zu Ende“, sagte er mit Blick auf die folgende Abstimmung, in der sich dann allerdings auch seine Fraktion uneins zeigte.

„Wie kommt es zu dem Umschwung?“, fragte Joachim Seubert (Grüne) in die Runde. Schließlich habe sich an der Fragestellung nichts geändert. Kritik übte er an Aßmann, da der Verwaltungschef noch einmal einen Beschluss einholen ließ. Schließlich gebe es

doch schon eine klare Beschlussfassung. „Sollen wir so lange abstimmen, bis es passt?“, fragte Seubert.

Es hat sich viel geändert, fand Rudolf Spring (ZfB) und verwies etwa auf das Problem des Phantomstroms: Geld fließe auch dann an die Betreiber, wenn die Anlagen stillstünden. Laut Hans Schneider (CDU) ist in der Zwischenzeit einiges passiert: So sei 2016 mit der ZfB eine Partei ins Parlament eingezogen, deren Markenkern die Gegnerschaft zur Windkraft sei. Die SPD habe sich seinerzeit nicht in der Lage gesehen, mit der Union zu koalieren, monierte er. Schließlich kam es zum Bündnis zwischen CDU, ZfB und FDP. Gegenstand der Kooperation sei das Aus für die Windkraft – falls Abo Wind aussteige. Das sei geschehen. „Die CDU hält sich an die Verträge“, so Schneider.

Das Ergebnis quittierten die Zuschauer mit kräftigem Beifall. „Der Stimmungsumschwung im Stadtparlament ist nicht zuletzt der aktiven beteiligten Bürgerinitiativen ‚Naturpark statt Windpark‘ und ‚Pro Kulturlandschaft Rheingau‘ zu verdanken“, teilte am Tag darauf Gerhard Gänslar von Pro Kulturlandschaft Rheingau mit.

[Noch mehr Nachrichten aus der Region lesen? Testen Sie kostenlos 9 Tage das Komplettpaket Print & Web plus!](#)

Weitere Empfehlungen



RÜDESHEIM
„Bürgerkonsortium“ bekommt Zuschlag für die Rüdesheimer Brömserburg



WIESBADEN
Heiß begehrt: Notfallsanitäter



WALLUF
Wallufer Gemeindevertreter sind sich einig: Kita-Neubau muss kommen – Streit um den Standort



ELTVILLE
Eltviller Stadtparlament will Grundstücke am alten Erbacher Sportplatz nur an Privatleute verkaufen

Von: **VOLKER NIEBERGALL**

28.04.2018

Wahlvorschlag
Hurra !

Das könnte Sie auch interessieren



Nach Explosion in Wiesbadener Eberlein...

Nach der Explosion eines noch unbekanntes Gegenstandes auf einem geparkten Pkw am Frei-

tag...

[Mehr](#)



Bald mehr Bordelle am Petersweg? Prostituer...

Leicht bekleidete Frauen, die auf dem Straßenstrich auf Freier warten – in Wiesbaden

sieht...

[Mehr](#)



Mercedes inklusive zweier Kinder geklaut:...

Den Motor ihres Autos hatte eine Frau in Rüsselsheim laufen gelassen, während sie

schnell in einen...

[Mehr](#)



Heiß begehrte neue Helfer: Ab 2021 sitzen in Wies...

Fährt ein Rettungswagen mit Blaulicht und Sirene durch Wiesbaden, dann bedeutet das: Ein

Mensch...

[Mehr](#)